

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Sachsen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Kb. Meier, Haacke & Pöhl
6. J. Dautz & Co., Jena.

Verantwortlicher Redakteur:
F. Haacke
in Jena.

Posener Zeitung

Hundertster

Jahrgang.

Nr. 316

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal, an den Sonntagen und Feiertagen. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, 5.45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Auspoststellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reichs an.

Sonntag, 6. Mai.

Inserate, die sich auf politische Zeitungs- oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bezogen werden. Die Morgenausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Mittagsausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1893

Verantwortlich für den
Inseratenteil:
F. Haacke
in Jena.

Deutscher Reichstag.

90. Sitzung vom 5. Mai, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die Beratung der Militär-Vorlage wird fortgesetzt.

Abg. von Mantuffel (konf.) ist überzeugt, daß die gestrige Rede Richters bereits eine Pränumerando-Rede der Fortschrittspartei an die Wähler gewesen sei. Diese Rede lasse einen Ton der freisinnigen Wahlreden gegen die Konservativen erwarten, der nicht mehr angenehm sei. (Heiterkeit.) Habe doch Richter wieder von den „Junkern“ und dem 40 Millionen-Geschenk gesprochen, obwohl doch hier schon so oft geredet worden sei, daß es wirklich keinen Zweck habe, darauf noch zurückzukommen. Tatsächlich sei die 20 Millionen-Differenz bei der Brantweinsteuer eine unbedingte Nothwendigkeit, wenn der Landwirth noch solle existiren können. Die Disposition Richters für die Wahlflugblätter der Zukunft habe gelautet: Keine neuen Steuern! Keine neuen Soldaten! Keine neuen Gesetze! Ja, zu den neuesten Gesetzen gehöre doch auch das Wucher-Gesetz und das Volk empfinde nur zu genau dessen Nothwendigkeit. Richters Appell: keine neuen Gesetze! werde also auf das Volk keinen Eindruck machen. Eine ganz neue Beleuchtung erhalte die Lage durch das Erscheinen der Elß-Lothringen, die sonst ja nur sehr selten, gleichsam nur als Gäste hier wären. Jetzt aber seien sie da, um gegen das Militär-Gesetz zu stimmen, obwohl gerade ihrem Lande in erster Linie der Schutz gelte, den die Vorlage bringe, und obwohl Elß-Lothringen zu allererst die Nachteile der Ablehnung der Vorlage zu tragen haben würde. Was die Verkürzung der Dienstzeit anlangt, so habe seine Partei das schwere Bedenken, wie schon bei der ersten Lesung, so noch jetzt, daß bei zweijähriger Dienstzeit eine tüchtige Ausbildung Aller nicht möglich sein werde. Aber er gebe zu, daß für die Dispositions-Urlauber ja schon jetzt faktisch die zweijährige Dienstzeit bestehe. Auch sagten er und seine Freunde sich, daß eine Vermehrung der Truppen, wie sie gefordert werde, bei Festhalten an der dreijährigen Dienstzeit eine Unmöglichkeit sei. Deshalb würden seine Freunde für die Vorlage stimmen, also auch für die zweijährige Dienstzeit der Fuhrtruppen. Der Antrag Huene verändere die Vorlage. Und deshalb würden seine Freunde, trotz der gestrigen Erklärung des Reichskanzlers, wenn der Kompromiß Huene jetzt nicht angenommen werde, sich künftig nicht an diesen Kompromiß gebunden erachten, sondern wieder völlig freies Feld haben. Aus der vorgestrichenen Rede des Reichskanzlers, welche im Widerspruch zu der vom 12. Dezember stand, habe im Uebrigen seine Partei entnommen, daß der Reichskanzler jetzt überzeugt sei, es stände keinem von den Konservativen die wirtschaftlichen Vortheile, sei es Bimetallismus oder Handelspolitik, höher als die Ehre und Sicherheit des Vaterlandes. (Bravo rechts.) Seine Partei glaube nicht insonderheit im Interesse der Verminderung von Konflikten. Einigkeit sei jetzt schon nöthig, nicht erst, wenn der Feind vor den Thoren des Landes stehe! (Beifall rechts.)

Abg. Lieber (Zentrum): Neues zur Sache läßt sich nicht sagen, auch ist durch Alles, was noch gesagt werden könnte, eine Zustimmung nicht zu erwarten. Den Vorwurf des Vorredners muß ich aber entschieden zurückweisen, als ob die Gegner der Vorlage die Verantwortung dafür leichtens Herzens auf sich nehmen. Kein Vorwurf ist weniger berechtigt, als dieser, — nicht leichten Herzens treffen wir unsere Entscheidung. Unser Antrag ist von einer überwältigenden Mehrheit unserer Partei beschlossen worden, und er trägt den Namen des Grafen Breyling um deswillen, weil dieser Herr in dem Momente, wo die Stellung dieses Antrages beschlossen wurde, Vorsitzender der Fraktion war. Eine persönliche Bemerkung zunächst zum Herrn Reichskanzler! Dieser hat vorgestern gesagt, uns wäre es gleich, ob die Russen oder Franzosen in München u. s. w. ständen. Ein schwerer Vorwurf! Ich hatte in der That geglaubt, auch vermöge meines ganzen Verhaltens im Auslande, der Herr Reichskanzler habe zu mir das Vertrauen, daß ich zu einer solchen Auffassung, wie sie der Reichskanzler am 3. Mai über mich aussprach, keinen Anlaß gegeben habe. Ich muß dabei erklären, daß die Zeitungsberichte gerade die betreffende Rede von mir unerhört entstellten. Geht habe ich in der betreffenden Rede nur: „Selbst, wenn die Militärvorlage besser begründet wäre, als sie ist, so ist der Fortbestand einer Partei wie das Zentrum doch noch wichtiger, als diese Militärvorlage.“ (Gelächter rechts.) Sie lachen, meine Herren, aber meiner Ansicht nach, sollte jede Partei, die nicht dieselbe Auffassung von ihren Aufgaben und ihrer Wichtigkeit hat, aus dem deutschen Reiche ausscheiden. (Beifall und Gelächter.) Meine Partei vertritt seit 20 Jahren gegenüber säkularistischen und unitarischen Bestrebungen den Föderalismus in Deutschland, und wir glauben, daß das auch der beste Fort der Monarchie ist! Wir vertreten ferner die sozialen und die wirtschaftlichen Aufgaben, und wir glauben, daß ein innerer Zusammenbruch das Schlimmste wäre. (Beifall.) Der Herr Reichskanzler hat gesagt, wenn er meine Worte so erläutere, daß es mir egal sei, ob die Russen in München seien, so „überzeuge er meine Worte bloß ins Deutsche“. Nun, ich kann dem Herrn Reichskanzler nur erwidern, wenn er so „ins Deutsche übersezt“, so ist das keine Uebersetzung „ins Deutsche“, sondern in das „schlechtesten Bismarckisch“. (Beifall.) Das sind die alten Bismarckischen Mäuren, diese Anweisung unseres Patriotismus! Das ist der alte Tanz, der dann wieder losgehen kann, nachdem wir ihn mit dem Amtsantritt des Herrn Grafen Caprivi für ausgetanzt glaubten. Jetzt wird uns also wieder der Patriotismus abgeprochen, wir werden wieder als Reichsfeinde angesehen, zu denen man sagt: „Blamir! mich nicht, mein schönes Kind, und grüß mich nicht Unter den Linden!“ (Heiterkeit.) Was würde der Herr Reichskanzler sagen, wenn auch wir ihm nicht sachlich antworten, sondern ihm etwa vorhalten wollten: es sei ihm gleich, ob in Berlin, München oder sonstwo Christenthum oder Atheismus, Gefinnungslumperei oder nicht, Kaiser oder Bebel herrsche! (Beifall und Gelächter.) Ich sage das nicht, aber weshalb greift uns der Reichskanzler so unsachlich an, unseren Patriotismus anzweifeln? Alles, was der Reichskanzler an politischen und militärischen Gründen angeführt hat, hat meine Freunde und mich nur in unserer Ueberzeugung gefestigt. Namentlich um deswillen, weil es die

alten, bei jeder Vorlage gehörten Gründe waren, zweitens, weil sie ebenso weit über die Vorlage hinausgingen, wie sie hinter ihr zurückblieben. Und drittens, weil ja auch nicht einmal der Versuch des Nachweises angetreten worden ist, daß die Vorlage die Garantie gewähre, daß die Russen nicht nochmals in Berlin und die Franzosen in München erscheinen. (Große Heiterkeit.) Sie, Ihre militärischen Autoritäten sind ja auch selbst Ihrer Sache nicht so sicher, wie Sie wollen, das wir es glauben! Redner weist sodann auf die Steigerungen der militärischen Ausgaben seit 1870 hin, sowie darauf, wie noch im Jahre 1891/92 derselbe Reichskanzler mehr Werth gelegt habe auf „eine gute Armee“, als auf eine Heeresvermehrung. Damals hat der Herr Reichskanzler die Bismarck'sche Befähigung, und derselbe Reichskanzler erhebt jetzt solche Forderungen. Und noch in der Kommission hat er Verschiedentliches als „unerlässlich“ bekämpft, was er jetzt, wenn auch ungern, fallen läßt. Und da sollen wir Vertrauen haben in die „überwältigende“ sachliche Unwiderleglichkeit seiner militär-technischen Gründe? Der Reichskanzler hat wohl geglaubt, uns, dem Zentrum, einen besonders schweren Schlag zu versetzen, indem er den Antrag Huene als seine Wahlparole verkündete. Aber in Wirklichkeit hat der Reichskanzler sich selbst den schwersten Schlag versetzt, indem er bei uns, wo kein parlamentarisches System herrscht, seine Wahlparole an den Namen eines Parteimannes geknüpft hat. Eines Parteimannes, den ich selbst allerdings unsagbar hoch schätze, der aber gerade in dieser Frage die überwältigende Mehrheit seiner Partei nicht hinter sich hat! Redner führt dann aus, daß die Vorlage nicht bloß aus militärischen, sondern vornehmlich auch aus volkswirtschaftlichen Gründen betrachtet werden müsse. Hier müsse deutsche Politik getrieben werden, das gesamte deutsche Volk wolle nicht allein preußischen Militarismus getrieben wissen. In einem solchen Augenblicke eine solche Neubelastung sei unpolitisch und im höchsten Grade unerträglich. Daß es sich hier um Ehre und Sicherheit des Vaterlandes handelt, ist eine Uebertreibung. Eine Uebertreibung, die im Munde des Reichskanzlers um so unbegreiflicher ist, als sie nicht nur im Innern, sondern leider Gottes auch im Auslande vernommen wird. Der Eindruck dieser Uebertreibung im Auslande kann für uns nur ein schädlicher sein. Könnte man das Volk mit einer solchen Neubelastung nicht verschonen, dann mußte man wenigstens vorher für eine angemessene Deckung sorgen. Dem Herrn Reichskanzler muß ich dann noch sagen: der Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht ist im Wesentlichen auch der der Wehr. Wir stehen auf dem Boden der Windthorst'schen Resolution nach wie vor und meinen, je mehr für uns die Vorkosten unerschwinglich werden, desto unerschwinglicher wird für uns auch die allgemeine Wehrpflicht. Viele von uns, so hat man uns gestern gesagt, stimmten gegen die Vorlage nur aus Furcht vor der Volksstimmung. Nun, da kann ich wohl für uns Alle die Versicherung abgeben: wenn wir uns vor der Volksstimmung fürchten, so würden wir sehr gern unsere Mandate niederlegen! Wir stimmen so, wie wir stimmen, aus unserer eigenen Ueberzeugung, genau so, wie Herr v. Stumm selbst und seine Freunde. (Beifall.) Man hat gestern sogar den Konflikt vor uns erscheinen lassen, den Verfassungsbruch. Und da habe ich im Namen meiner Freunde zu erklären, daß wir es für ausgeschlossen halten, von einem Verfassungsbruch auch nur in dem deutschen Reichstage zu sprechen. Aus Furcht lassen wir uns nicht zur Annahme der Vorlage bewegen, wir bewegen uns auf dem Boden einer unerschütterlichen Verfassung. Wir überlassen die Entscheidung dem Volke und Gott! Redner geht dann noch auf den Zentrumsantrag Graf Breyling etwas näher ein und schließt: Wir überlassen Ihnen nun, zu thun, was Ihres Amtes ist! Lassen Sie uns thun, was uns Ihres Amtes ist! (Lebhafter Beifall.)

Reichskanzler Graf Caprivi erwidert zunächst, er habe gegen Lieber keinen bösen Willen gehabt, es habe ihm nur leid gethan, daß der Name des Grafen Breyling unter dem Zentrumsantrage stehe. Er spreche überhaupt nicht gegen Lieber, denn dieser sei nicht das ganze Zentrum, sondern gegen die Stellungnahme des Zentrums, welches den früheren Lieber'schen Antrag jetzt wieder eingebracht habe. Was die Rede Liebers in Aschaffenburg anlangt, so habe Lieber die Berichte darüber heute richtig gestellt. Aber auch die Fassung seiner Worte, wie Lieber selber sie heute wiedergegeben habe, sei bezeichnend genug. Auch so stelle doch Lieber sein Fraktionsinteresse über alles Andere. Es sei ihm da jedenfalls etwas entküpft, was nicht patriotisch sei. Das Zentrum scheine in neuerer Zeit mehr demokratische Ziele zu verfolgen, was für ihn den Werth des Zentrums herabsetze. Die Regierung beweise sich mit ihren Forderungen auf der Linie des Nothwendigen. Lieber verlange eine Garantie dafür, daß die Russen nicht in Berlin erscheinen. (Heiterkeit.) Solche Garantie könne Niemand geben. Er habe noch keinen Soldaten gesehen, der solche Garantie gebe ohne die Voraussetzung, daß er eben „der Stärkere“ sei. Nach Ansicht Liebers habe er, der Kanzler, ferner keine Autorität geschädigt dadurch, daß er noch in der Kommission auf allen Forderungen bestanden habe. Aber das hindere nicht, daß er nachgebe, im Interesse des Friedens im Innern, so weit er könne. Die Anträge Richter, Lieber und Bennigsen habe er bekämpfen müssen, weil sie den Zweck der Vorlage verstellten. Wir glauben in der That, daß unsere Ehre, daselbst, Zukunft nicht mehr gesichert sind, wenn unsere Forderungen nicht erfüllt werden. Man glaube uns, daß wir darin nicht übertrieben! Endlich macht uns Herr Lieber den Vorwurf, daß ich auch für das Ausland zu verständlich gesprochen habe. Will mir Herr Lieber wohl sagen, wie ich denn anders die Vorlage vertheidigen sollte, ohne meine Ansicht deutlich auszusprechen. Wenn Herr Lieber etwas mehr auf unsere Autoritäten bauen wollte, dann brauchte ich natürlich keine Geheimnisse auszuplaudern. Ich habe die Ueberzeugung, daß bei Annahme des Antrages Breyling unser Heer geschwächt würde. Und nicht darauf, sondern auf Verstärkung gehen wir aus. Ich habe mich manchen Vorwürfen ausgesetzt. Aber den Tadel, ich hätte einer Vorlage zugestimmt, von der ich überzeugt sei, sie schädigt Deutschland, will ich doch von mir zurückweisen. Ich würde als Staatsmann wie als Soldat gewissenlos handeln, wenn ich nicht meine ganze Kraft daran setze, den Antrag Breyling zu bekämpfen. Dies hier vor dem Lande auszusprechen, war mir ein Bedürfnis. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. v. Bennigsen (natl.): Meine Freunde werden, und zwar ausnahmslos, für den Antrag des Freiherrn von Huene stimmen (Bravo! rechts), und so ungünstig auch die Verhältnisse, eine Majorität für denselben zu erhalten, zu liegen scheinen, so gebe ich die Hoffnung hierauf nicht auf. Wenn kein von den verbündeten Regierungen für annehmbar erklärter Abänderungsantrag vorgelegen hätte, sondern nur die Anträge des Zentrums und der Freisinnigen, die wir nicht für acceptabel halten, würde ein großer Theil meiner Freunde, um nicht mit einem ganz negativen Resultat aus der Abstimmung hervorzugehen, für die ursprüngliche Regierungsvorlage gestimmt haben. Es war nichts natürliches und politisch richtiges, als die Erklärung, daß im Falle einer Auflösung bei der Wahlbewegung von der Regierung auf den Antrag Huene zurückgegangen werden solle, schon jetzt zu geben. Diese Erklärung kann auf das Schicksal des Wahlkampfes von Entscheidung sein. Gätte die Regierung die Erklärung nicht abgegeben, so wäre es für sie und für diejenigen, die sie unterstützen wollen, unmöglich gewesen gegenüber dem Antrage der Gegner, Zahlen und Forderungen zu vertreten, von denen erst kurz vorher im Reichstage offiziell erklärt worden war, daß sie nicht annehmbar seien. Herrn Richter erwidere mein Antrag aus der Kommission im wesentlichen günstigeren Sinne als derjenige des Abgeordneten von Huene. Der letztere enthält zwar eine größere Zahl als der meine, aber auch wesentliche Erleichterungen und eine Herabminderung der Regierungsvorlage, die von größerer Bedeutung sind, als sie Abg. Richter hat erscheinen lassen. Die Durchführung würde nicht gleich im ersten Jahre erfolgen. Dadurch würden im ersten Jahre erhebliche Ersparnisse gewonnen. Aber auch für das Defizitbudget werden die Erparnisse keineswegs unbedeutend. Die jährlichen Ausgaben werden um 9 Millionen Mark und außerdem die außerordentlichen Ausgaben entsprechend niedriger werden. So ganz unbedeutend ist der Unterschied also in militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht keineswegs. Wir geben jetzt sechs Monate lang unserem eigenen Volke und dem Auslande das unerfreuliche Schauspiel, daß wir über eine Lebensfrage der Nation, über eine große Reform unserer Militärverfassung, die von Fachmännern für nothwendig erklärt wird, keine Verständigung finden. Der Widerspruch und die Abneigung gegen die Vorlage ist verursacht worden durch die unglückliche Art ihrer Vorbereitung und Einbringung. An und für sich verdient die Vorlage, abgesehen von der Frage der Zahl, die höchste Zustimmung. Sie gewährt nicht bloß Erleichterungen, sondern eine größere Gerechtigkeit in der Ausbezahlung der Dienstpflicht. Wir haben schwerlich in unserer Geschichte seit den 60er Jahren ein Beispiel erlebt, wo Kritik und Agitation so fruchtbar gebracht haben, die Gemüther der Bevölkerung in großen Kreisen so zu verstimmen und von dem eigentlichen Pfade der Beurtheilung abzubringen, als es in diesem Falle möglich war. Seit dem Tage, wo die ersten Nachrichten in der Presse auftauchten, bis zum Bekanntwerden der Vorlage machte sich bei den Parteien, die heute noch die Vorlage entschieden bekämpfen, eine merkwürdige Abkühlung bemerkbar. Der Werth des Ueberganges zur zweijährigen Dienstzeit wurde mit jedem Tage geringer geschätzt. Derartige haben wir seit 1867 oft genug erlebt. Bestimmte Dinge will man, bestimmte Ziele werden theoretisch aufgestellt und Jahr aus Jahr ein als besonders werthvoll erklärt, wenn es aber an die Ausführung geht, dann legt man die Kritik an, dann kommt die Agitation, die dazu führt, daß man die Maßregel überhaupt nicht will oder in einer ganz veränderten Art und Weise. Diese Art der Behandlung großer Fragen ist eine Erbschaft aus unserer Kleinstaaterei, in der wir noch nicht gewohnt waren, große Fragen von großen Gesichtspunkten aus zu behandeln. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) An diesen Doktrinen und an diesen falschen Idealen ist ja auch unsere große Bewegung und das Frankfurter Parlament von 1848 gekrankelt. Es ist Aufgabe und Pflicht aller Politiker, dahin zu wirken, daß in Deutschland nicht die Theorie und nicht das Interesse einer einzelnen Partei, sondern die Vereinfachung aller derjenigen überhaupt, die für ein großes Ziel gemeinsam arbeiten können, die praktischen Aufgaben zu lösen sucht, wie es schon seit Menschengedenken in anderen Völkern, insbesondere in England der Fall ist. Können wir uns dazu in Deutschland in der letzten Stunde noch entschließen, so würde eine Auflösung und ein Wahlkampf unter den jetzigen verwirrten Zuständen vermieden werden können. Die Auflösung und die Neuwahlen wünscht im Grunde im Hause niemand, (Auf bei den Sozialdemokraten: Doch!) abgesehen von den Sozialdemokraten, die inzwischen genügend Agitationsarbeit geleistet haben und hoffen, daß sie gute Früchte tragen werde. Was ist die Ursache der weit verbreiteten Unzufriedenheit und Mißstimmung in Deutschland? Der wirtschaftliche Niedergang in den letzten Jahren mag darauf wesentlich einwirken, aber das kann eine solche Verstimmung gegen eine militärische Vorlage nicht erklären. Es beginnt schon jetzt diese Mißstimmung anderen Anschauungen Platz zu machen, und in dem Momente, wo die deutsche Bevölkerung weiß, daß die verbündeten Regierungen sich entschlossen haben, an der Vorlage nicht Unerhebliches nachzulassen, wird die Reizung, ihr zuzustimmen, in großen Massen der Bevölkerung verstärkt werden. Das geht aus vielen Zuschriften, Versammlungen und Privatäußerungen hervor. Durch Zahlen ist nachgewiesen worden, daß wir Rußland und Frankreich gegenüber zur Zeit in der Friedenspräsenzstärke nicht gewachsen sind. Allerdings würde Rußland mit großen Schwierigkeiten beim Transport und mit notorischen Mängeln in der Militärverwaltung zu kämpfen haben. Allerdings ist Frankreich an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt; es ist sogar fraglich, ob die auf dem Papier stehenden Zahlen in den kommenden Jahren immer innegehalten werden. Die Vorlage bezweckt aber zu erreichen, daß wir künftig den Franzosen nicht bloß „wachsenden“ sondern überlegen sind, damit wir bei einem Kriege mit Frankreich den Sieg in feindliches Land hinüberspielen können. Bei einem Vergleich zwischen Rußland und Frankreich stellt sich heraus, daß Frankreich, wo jetzt zum ersten Mal ein Defizit offiziell anerkannt ist, das früher mit allerlei Manipulationen seit Jahren verdeckt worden ist, in seiner Leistungsfähigkeit außerordentlich begrenzt ist durch die kolossale Schuldenlast aus

dem Kriege von 1870/71. Dagegen beträgt in Deutschland das Vermögen, was die Einzelstaaten an Domänen, Bergwerken und Eisenbahnen besitzen, mehr als sämtliche Schulden der Einzelstaaten und des Reiches zusammengekommen. Dazu kommt, daß die Steuerlast in Frankreich allmählich eine so große geworden ist, daß es außergewöhnliche Anstrengungen nicht mehr ertragen kann. Entscheidend dafür, daß wir uns auf die Dauer der Aufgabe nicht entziehen können, militärisch stärker gerüstet zu sein als Frankreich, ist die Tatsache, daß wir an Bevölkerung rund 11 Millionen mehr besitzen als die Franzosen. So lange wir dieses unser glänzendes Uebergewicht nicht zur Geltung bringen, werden die Franzosen die Empfindung nicht haben, daß wir bis zum äußersten entschlossen sind, zu erhalten, was wir gewonnen, und wodurch wir unsere politische Macht errungen haben (Beifall). Die Franzosen werden niemals den Verlust Elsaß-Lothringens vergessen, das liegt in ihrer ganzen ehrsüchtigen Natur und militärischen Eitelkeit. Sie werden nicht verschmerzen die großen Niederlagen, wie sie noch niemals dagewesen sind. (Auf links: Jena!) Das kann man doch gar nicht vergleichen mit einer Schlacht wie Sedan, wo eine ganze Völkerwanderung von Gefangenen mit ihren Generalen von Frankreich nach Deutschland gekommen ist. So lange werden die Franzosen auch den Gedanken an die Revanche nicht aufgeben. (Sehr richtig!) Unsere Parlamente haben leider die Bedeutung nicht vollständig aufrecht erhalten, die sie in den achtziger Jahren innebrachten, wegen der Verwirrung in unserem Volkswesen und der Zersplitterung der Parteien. Wenn der deutsche Reichstag seine Autorität und seinen wirtschaftlichen Einfluß wiedergewinnen will, muß ihn ein nachhaltiger Wille befeuern, (Zurufe links) welcher nicht besteht in der Verschaffung der Einzelnen und der einzelnen Parteien, sondern darin, daß er im Stande ist eine feste, geschlossene Mehrheit den verbündeten Regierungen gegenüberzustellen. Jetzt haben wir unter Umständen drei Mehrheiten. Sie finden sich für einzelne Fragen zusammen: aber daraus kann eine große Körperkraft keine dauernde Kraft entnehmen. Für die Regierung von ihrem einseitigen Regierungsstandpunkt aus ist ja gar nichts erwünschter, als diese Mehrheiten gegen einander auszuspielen. Eine starke Regierung wird gegenüber diesem Konglomerat von verschiedenen Parteien immer mächtiger sein. Damit haben wir vielleicht noch Jahre lang zu rechnen; denn täglich werden neue Interessen in Szene gesetzt, und bei einer Wahlbewegung kommen vielleicht noch neue Gruppierungen zu Stande. Die Bevölkerung unterteilt es auf die Dauer sehr wohl, ob man einseitig das eigene Parteinteresse höher stellt als das Interesse der Nation. Die berufenen Führer und Lehrer der Nationen haben die Pflicht, nach und nach zur Heilung der Schäden im Volksleben beizutragen. Unser Volk ist noch im innersten Kern gesund und steht noch so hoch wie irgend ein Volk der ganzen Welt. Der Deutsche ist einmal sublimistisch impressionabel, er ordnet sich nicht leicht unter. Die Erscheinungen, welche der wirtschaftliche Niedergang der letzten Jahre gefördert hat, wurzeln in der pessimistischen Philosophie Schopenhauers und Hartmanns. Ein Hauptvertreter dieser Richtung Nietzsche ist eine der eigenartigsten Erscheinungen unserer Zeit. Dieser sonderbare Mann hat mit extrem-arithmetischen Anschauungen in einer Zeit allgemeinen gleichen Wahnsinns und des Fortschreitens der Demokratie Propaganda gemacht und merkwürdigerweise Anhänger bis tief hinein in das sozialdemokratische Lager gewonnen. Dieser Pessimismus und Größenwahn zugleich bildet mit allen den andern fin-de-siècle-Erscheinungen einen Grundzug unserer Zeit. Die Vertreter der Nation haben für die Heilung derselben zu sorgen und, wenn möglich, bei sich anzufangen. Wenn das Ideal wieder Kraft gewinnt, daß in erster Linie das Vaterland, in zweiter die Partei, in letzter erst das Geld steht, so wird das Parlament eine größere Wirksamkeit entfalten können. Wenn die Regierung jetzt zur Auflösung schreitet und nach einem negativen Resultat zur zweiten Auflösung, wo wird da gegenüber der großen Autorität, die sich das militärische Wesen in Deutschland erworben hat, nicht bloß in den Kriegen, sondern auch in der militärischen Erziehung des deutschen Volkes der Sieg bleiben? Etwa auf Seiten des Parlaments? Nachdem die Regierungen soweit entgegengestritten sind, haben wir die Pflicht, diese Frage möglichst schon in diesem Reichstag zu erledigen. Jeder sollte vor seine Wähler treten und sagen: so handle ich nach meiner Ueberzeugung, (Zurufe links) vielleicht werdet ihr später meiner Auffassung Recht geben. Unsere Lage ist sehr verantwortlich für alle Parteien. Denn durch einen Kampf wird die Regierung und das ganze Volk geschwächt, weil die Reigung der Nachbarn verstärkt wird, mit einem so verwirrten Staat in den Kampf einzutreten. Davor unser Vaterland zu bewahren, lassen Sie unsere Aufgabe sein. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Bauer (Volkspartei): Auch für unsere kleine Gruppe mache ich den Anspruch, daß wir ebenso gut, wie die anderen Parteien, in Sonderheit die nationalliberale, nach unserer Ueberzeugung handeln. Auch für uns kommt in erster Linie das Vaterland und dann erst die mehr untergeordneten Gesichtspunkte. (Beifall links.) Man kann auch bei allem Patriotismus guten Gewissens der Anschauung sein, daß diese Vorlage nicht angenommen werden darf. Das Interessanteste an den ganzen Verhandlungen ist die Aufgabe der offiziellen Wahlparole: Antrag Huene. Das ist für uns eine gute Vorbedeutung für den Wahlkampf. Denn aus dieser Nachgiebigkeit der Regierung ist ersichtlich, daß sie selbst nicht so sicher ist. Früher war ihr A und O nichts ablassen; die Vorlage sei ein Ganzes. Man hat uns direkt den Vorwurf gemacht, daß wir den Feind geradezu ins Land rufen. Ich hatte das dem Abgeordneten von Stamm zu Gute, da er ein Mann von raschen Worten ist. Der Reichsfanzler sagte: Wenn die Vorlage nicht angenommen wird, wird eine große Unsicherheit über das Land kommen. Gerade die Schilderung, welche der Reichsfanzler von unserer Lage gegeben hat, wird die größte Unsicherheit zur Folge haben. (Sehr richtig! links.) Wenn die Vorlage angenommen wird, werden wir mit weiteren Militärvorlagen nicht verschont werden. Ein wahrhafter Wettlauf wird zwischen den Nationen entstehen, und die Folge wird auch uns im deutschen Reiche treffen. Sicher wird diese Vorlage Konsequenzen haben, die schon in der allernächsten Zeit sich in Forderungen zeigen werden. Wir sind der Ansicht, daß das Vorhandene vollständig zur Verteidigung des Vaterlandes ausreicht. Merkwürdig ist die Art, wie man für die Vorlage im Bande Stimmung macht. (Redner verliest unter Heiterkeit der Anken Proben aus dem Gebichte eines Münchener Gymnasial-Oberlehrers zu Gunsten der Militärvorlage.) Die Nationalliberalen, welche mit solchem Nachdruck für die Vorlage eintreten, wird der Reichstag nicht wiedersehen. Aus den Septennatswahlen ging der deutsche Reichstag hervor, an dessen Folgen das deutsche Volk noch heute leidet. Deshalb ist nicht zu befürchten, daß ein ähnlicher Reichstag wiedergewählt werden wird. Der Reichsfanzler machte uns den Vorwurf, wir folgen nicht den militärischen Autoritäten. Alles mit Wachen! Daß wir die militärischen Autoritäten nicht gehört hätten, wird Niemand behaupten können. Alles jedoch, was wir vorbrachten, hat uns nicht von der Nothwendigkeit der Militärvorlage überzeugen können. Wir haben auch die Aufgabe, die militärtechnischen Erwägungen zu prüfen. Wir haben in den letzten Jahren öfter gesehen, wie die militärischen Anschauungen wechseln. Wenn die militärischen Autoritäten im Ansehen herabgedrückt wurden, so lag ein großer Theil der Schuld an der offiziellen Presse. Erinnern Sie sich doch der militärisch-offiziösen Presse, die entgegen der Wahrheit den Werth

und das Selbst- und Ehrgefühl der Landwehr geringschätzig behandelt hat. Haben die militärischen Autoritäten Jemanden überzeugt? Die Konserwativen, die sich entschlossen haben, für den Antrag Huene zu stimmen, sind nicht überzeugt worden. Sie sind heute noch der Meinung, daß die dreijährige Dienstzeit besser sei. Und wie steht es mit den Nationalliberalen? Ist es nicht Herr v. Bennigsen, der von vornherein erklärte, daß die Vorlage nicht annehmbar sei? Erklärte er nicht ausdrücklich, daß das Volk die unerschwingliche Last nicht ertragen könnte? (Lebhafter Beifall links.) Inzwischen hat er und seine Partei sich mit dem Antrage Huene, der die Vorlage nur sehr wenig abschwächt, einverstanden erklärt. Die Nationalliberalen haben ein Opfer des Intellekts gebracht. (Große Unruhe bei den Nationalliberalen, Zustimmung links.) Der Reichsfanzler hat ein Duzend Gelehrte über die Belastung gefragt. Diese haben einfach mechanisch die Belastungsmobi in den verschiedenen Ländern mit einander verglichen und zogen daraus den Schluß, daß wir noch Steuern ertragen können. Sie haben die wirtschaftliche Lage des Landes nicht in Betracht gezogen. Und sollen wir es etwa in der Belastung soweit bringen wie die Franzosen! Man hat auch Oesterreich und Italien herangezogen. So fleh und werth diese Länder uns als Bundesgenossen sein mögen, so sehr wir Vertrauen zu ihnen haben, so werden sie es uns doch wohl nicht übel nehmen, wenn wir sie nicht als Staaten mit einer muterhaften Finanzpolitik ansehen. (Sehr richtig! links.) Glauben Sie lieber denjenigen, die mit dem Volk mehr Fühlung haben und die wissen, wie schon jetzt die Militärlasten drücken. Heute weiß noch kein Mensch in Deutschland, woher die Deckung in Deutschland genommen werden soll. Wir dürfen aber nicht Ausgaben bewilligen, von denen wir nicht wissen, ob sie nicht nachher in der allerschädlichsten und unglücklichsten Weise aus dem Volke herausgezogen werden. In der richtigen Beobachtung wirtschaftlicher Zustände kann man uns doch nicht die Kompetenz absprechen wie in militärischen Dingen. Und da kann ich aus guter Beobachtung sagen, daß das Ueberhandnehmen des Proletariats zum großen Theil durch die Steuervolitik der letzten Jahre verursacht worden ist. Der konservative Redner hat die Noth des Großgrundbesitzes hervorgehoben. Der Mittel- und kleine Stand haben dieselben Leiden, und es wäre sehr nöthig, wenn die Herren Grundbesitzer von dem vollgestellten Maß von Selbstverleugnung der anderen Stände sich etwas aneigneten. Wir haben gegen die Vorlage auch das Bedenken, daß die Wundertauglichen eingestellt werden, während man bis jetzt auf die Tauglichkeit der Mannschaften stolz gewesen ist. Unser preussischer Kriegsminister ist stolz darauf, was er für einen Ueberfluß an Tauglichen herausgebracht hat. Es ist nur gut, daß er sie uns nicht alle vorstellen kann. (Heiterkeit.) Ich kenne aber Leute, denen bang und weh geworden ist, als sie sahen, was jetzt alles zu den Tauglichen gerechnet wird. Es handelt sich im Kriegsfalle darum, mehr als vier Millionen Menschen ins Feld zu senden, also acht Prozent der Bevölkerung. Denkt man auch darüber nach, was das für wirtschaftliche Zustände geben wird? Ob die restirende Bevölkerung das aufzubringen im Stande sein wird, was zu ihrer Unterhaltung und der Ernährung der Armee nothwendig ist? Herr v. Bennigsen klagt, daß keine feste Mehrheit vorhanden ist. Nun, die Nationalliberalen hatten einmal eine Mehrheit, sie haben sie aber bis auf verschwindenden Rest verloren, weil sie nicht mehr die Interessen des Volkes wahrnehmen konnten. Wenn die Vorlage ohne Rücksicht auf eine Mehrheit nicht eingebracht wurde, dann geschah es in der Hoffnung, daß sich abspielen werde, was schon so oft geschehen, daß eine Partei die andere überbieten werde, damit man nicht die Fühlung nach oben verliere. (Sehr richtig! links.) Man hat keine Mehrheit bekommen, und die Auflösung soll kommen. Hat man sich ihre Folgen überlegt? Außer den Sozialdemokraten, darin hat Herr v. Bennigsen Recht, will keiner die Auflösung gern. Wenn wir trotzdem die Vorlage ablehnen und zur Auflösung Veranlassung geben, so kommt es daher, weil wir uns die Sache überlegt haben. Denn wir sind nicht hierher geschickt, um neue Steuergeetze zu machen und eine ganze Serie neuer Strafgeetze über das Volk hereinbrechen zu lassen. (Beifall links.) Es fehlt nicht an Mahnungen an die Regierung, sich nicht zu forciren, und wenn sie es doch forciert, dann darf man sich nicht wundern, wenn wieder die Frage des Militarismus aufgeworfen wird. Der Reichsfanzler sieht den Militarismus in der Vorlage bloß deswegen nicht, weil er den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht. (Sehr richtig! links.) Was hat denn die ganze Verhandlung zu Tage gefördert? Etwas eigensinnigen, eigenwilligen, selbstischen Geistes der Regierung. (Sehr richtig! links.) Etwas, den sie auch gegenüber unseren Forderungen in Bezug auf eine Reform des Militärstrafprozesses beibehalten hat. Wenn wir in einem wahrhaft konstitutionellen Staate lebten, man wäre nicht mit der Vorlage gekommen. Der Reichsfanzler stellt die Perspektive, immer ausfüllen und auflösen zu wollen, bis man sich endlich duckt und nachgibt, um einmal Ruhe zu haben. Die Art der Regierung, alles hartnäckig daran zu setzen, um ihren Willen durchzuführen, hat nirgends milderndem gewirkt als in Süddeutschland. Die süddeutsche Bevölkerung hat immer seit 20 Jahren alle Opfer gebracht, die aus patriotischen Rücksichten nöthig waren. Aber der Geist der wirtschaftlichen Gehegung mit ihrer Bevorzugung des norddeutschen Großgrundbesitzes in den letzten 20 Jahren hat in der süddeutschen Bevölkerung das Gefühl hervorgerufen, daß sie das Stillsitzen der Gehegung ist. Wir in Süddeutschland sind gewöhnt, Rechte zu verlangen, wo wir Pflichten haben, und wir werden dann, wenn uns die Regierung mit der Auflösung den Fehdehandschuh hinwirft, ihn mit dem vollen Bewußtsein der Verantwortlichkeit aufnehmen. (Beifall links.)

Abg. Dr. v. Komierowski (Vole): Ich bin in die Kommission gegangen in der Hoffnung, daß ein Ausgleich zwischen den Wünschen des Reichstages und der Regierungsvorlage zu Stande kommen werde. Ich bin mit gutem Muth hingegangen, weil ich als Pole den Patriotismus deutscher Männer wohl verstehe. (Bravo! rechts.) Heute kann ich erklären, daß wir mit allen unseren Stimmen für den Antrag von Huene eintreten werden. (Beifall rechts.) Wir hoffen, daß derselbe eine Mehrheit finden werde. In der Presse ist unsere Stellung mit allen Mitteln der Verleumdung und der Karrikatur verfolgt worden. Die „Germania“ schreibt, die Polen seien getheilt, aber sie werden in Folge des Fraktionszwanges für die Vorlage stimmen und der Fraktionszwang sei doch etwas Unethisches. Wir sind nicht der Meinung, wir stehen auf dem Standpunkte der Solidarität, alle für einen, einer für alle. Deutschland, dessen Ost- und Westgrenze so exponirt liegt, bedarf einer Verstärkung seiner Wehrkraft. Ich kann Herrn Richter nicht als Sachverständigen und seine Zahlen als richtig nicht ansehen, denn er hat sich bei den auf die Landwirtschaft bezüglichen Zahlen so oft geirrt (sehr richtig! rechts), daß ich ihm auch hier kein Vertrauen entgegenbringen kann, sondern den militärischen Autoritäten glaube. Die Entlastung durch die zweijährige Dienstzeit hält der Belastung durch die Verstärkung der Aushebungsliste die Waagschale. Wir stimmen für die Militärvorlage, weil wir nicht den Konflikt mit der Regierung wollen und weil wir das Gemeinwohl über die Sonderinteressen stellen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. v. d. Decken (Welse): Ich kann zwischen dem Antrag Huene und der ursprünglichen Militärvorlage keinen Unterschied finden. Die zweijährige Dienstzeit ist uns mit der Erhöhung der Präsenzstärke zu theuer bezahlt. Daß die Möglichkeit einer Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens durch Frankreich die Situation beherrscht, gebe ich zu. Ich freue mich, daß wir das schöne Elsaß

gewonnen haben durch einen rechtmäßigen Frieden, nicht durch Annexion; denn Annexion ist die unrechtmäßige Begegnung fremden Eigenthums. Durch den Bund mit Oesterreich sind die Ereignisse von 1866 eiligermaßen wieder gut gemacht. Es hat sich doch herausgestellt, daß Oesterreich uns und mit Oesterreich nicht entbehren können. In ganz Deutschland wird niemand den Frieden brechen, obwohl auch kein deutscher Mann einen Fuß breit Landes abtreten wird.

Abg. Winterer (Elsässer): Wir hatten nicht die Absicht, in der gegenwärtigen Stunde das Wort zu ergreifen. Jedem von uns bleibt es überlassen, zu stimmen wie er es vor seinem Gewissen verantworten kann. Da man uns jedoch mit ganz wunderbaren Waffen angegriffen und verdächtigt hat, (Oh! rechts) bin ich gezwungen zu erklären, daß wir niemandem das Recht geben, uns Motive unterzuschreiben, die wir nicht ausgesprochen haben. Wir sind immer im Reichstage gewesen, wenn ein großes allgemeines Interesse uns hierher gerufen hat. Wir haben bei der ganzen sozialen Gehegung mitgewirkt. Uns hat niemand hierher gerufen als unsere Pflicht. Wir haben gehört, wir haben gelesen und gesucht uns zu unterrichten, um mit bestem Wissen und Willen unsere Abstimmung abzugeben, wahrscheinlich mit der Mehrheit dieses Hauses. (Große Heiterkeit.) Ich habe natürlich jagen wollen, wir haben die Hoffnung, daß wir mit der Mehrheit dieses Hauses stimmen werden. Für unsere Abstimmung sind wir verantwortlich zunächst unserem Gewissen und dann unsern Wählern. (Beifall.)

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.
Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Abstimmung über die Wahl v. Reben, Militärpensionsnovelle, Fortsetzung der zweiten Beratung der Militärvorlage.) Schluß 5 Uhr.

Die Militärvorlage.

□ Berlin, 5. Mai.

Die meisten Redner in der heutigen Fortsetzung der Militärbatte fingen damit an, daß sachlich ja wohl nichts Rechtes mehr zu sagen sei, und daß Keiner mehr durch sachliche Belehrungen für oder gegen zu überzeugen sein werde. Damit ist den heutigen Reden zugleich ihr Charakter aufgedrückt. Es wurden durchweg Wahlreden, und über die gegenwärtigen Verhandlungen hinweg richteten sich die Blicke und Gedanken in eine wahrscheinlich schon nahe bewegte Zukunft. Wahlreden können nun freilich von ganz verschiedener Trefflichkeit sein. Als die unglücklichsten, die sich denken ließen, erschienen die der Herren v. Manteuffel und Lieber. Erstauskunft dürftig waren besonders die Ausführungen des konservativen Führers. In der krampfhaften Vertheidigung der Brennerprämie scheint sich die ganze Kraft dieser agrarischen Matabore zu konzentriren. Was sonst noch in Manteuffels Rede vorfam, verlohnt sich kaum der Erwähnung. Daß die Konserwativen den Schein bewahren, als brächten sie mit der Zustimmung zum Antrag Huene ein schweres Opfer, täuscht keinen Menschen darüber hinweg, daß es ihnen sehr wohl dabei ist, vor stärkeren Bewilligungen bewahrt zu bleiben. Dürftiger noch, bis zum Erschrecken fadenscheinig, gab sich Herr Lieber. Wer wollte und könnte es nicht verstehen, daß das Centrum in seiner Mehrheit wirtschaftliche und sonstige Bedenken hat, die drückende Last der neuen Militärvorlage auf die Schultern des Volkes zu legen! Aber schlimm wäre es um diese Gegnerschaft bestellt, wenn sich nichts Besseres zu ihrer Begründung auführen ließe, als was Herr Lieber im Namen seiner Fraktion vortrug. Diese Partei wird verloren sein, wenn sie sich auf solche Führerschaft verläßt, und halb und halb ist sie schon verloren, ist sie mindestens von ihrem früheren intellektuellen Niveau herabgestiegen, in dem sie sich diesen Führer tatsächlich gefallen läßt. Herr Lieber ist ein Rhetor der allerältesten Schule. Er schwelgt im vermeintlichen Wohlklang seiner zähen Redeweise. Er schlägt die höchsten Töne an, und ein falsches Pathos muß herhalten. Dabei ist die Dialektik schwächlich, die Logik sophistisch. Lieber wollte beweisen, daß es eine noch größere Nothwendigkeit für Deutschland sei, das Centrum in seinem jetzigen Bestande zu erhalten, als sich durch die Militärvorlage politisch wie militärisch zu sichern. Ein kühnes Unterfangen! Man lese in der wunderlichen Rede nach, wie sehr es mißglückt ist. Halb „demokratisch“-parlamentarisch, halb christlich-sozial kommt Herr Lieber dahergewandelt. Feuer und Wasser also will er vermischen, modernste Gegenwart mit Tendenzen der Vergangenheit. Wie weit er damit kommen kann, das mag er in flüchtigen Stunden der Einsicht aus dem gegenwärtigen Zustande seiner Partei bereits erfahren. Herr v. Huene hörte sich die Lieberischen Platiitüden mit Behagen an, und er hatte es nicht nöthig, helfend einzuspringen oder, was seiner jetzigen Position vielleicht besser entsprechen mag, weiter in den Riß zu bohren. Das Centrum besorgt seine Geschäfte schon allein schlecht genug.

Von den sonstigen Rednern der heutigen Debatte seien die Abgg. v. Komierowski, v. d. Decken und Winterer kurz erwähnt. Die Polen sind hiernach geschlossen für den Antrag Huene, die Welsen dagegen, und die Elsässer — ja, wenn man es sonst nicht wüßte, daß sie den Antrag Huene ablehnen wollen, so würde man es aus der Wintererschen Erklärung nicht erfahren haben. Dieser Herr hatte einen hübschen Heiterkeitserfolg, als er betonte, er und seine Freunde würden „wahrscheinlich mit der Mehrheit stimmen“. Welches ist diese Mehrheit? So ganz gewiß steht es noch nicht fest, daß sie gegen den Antrag Huene sein wird. Davon weiter unten. Die bedeutsamste Rede kam aus dem Munde des Herrn v. Bennigsen. Besonders die Schlusssätze riefen eine tiefe Bewegung hervor.

Nun aber die Situation, wie sie sich in den wechselnden Vorgängen hinter den Kulissen gestaltet! Seit gestern wiederum ein Umschwung eingetreten, und die Bemühungen, eine Mehrheit für den Antrag Huene zu gewinnen, sind auf neuer Basis wieder aufgenommen worden. Es heißt, daß freisinnige Abgeordnete den Reichsfanzler für einen Antrag gewinnen wollen, wonach die z wei

3ährige Dienstzeit verfassungsmäßig festgelegt werden soll. Gelänge der Versuch, so wird behauptet, daß mindestens dieselben freisinnigen Abgeordneten, die ursprünglich für den Antrag Huene einzutreten bereit waren, jetzt wiederum für diesen Antrag sein würden, und daß vielleicht noch einige andere Freisinnige zu ihnen hinzutreten möchten. Ferner wird berichtet, daß Herr v. Huene noch zwei weitere Zentrumsmitglieder für seinen Antrag gewonnen habe, wonach es ihrer 12 sein würden. Auch gilt den Freunden des Antrags Huene ein Appell an die Elsaß-Lothringer nicht als aussichtslos. Genug, die Kompromißfreunde wollen die Hoffnung nicht fahren lassen, daß sie doch noch etwas Positives zu Stande bringen könnten. Jedenfalls wird eine 3. Lesung stattfinden. Die Konservativen wollen bisher von einer verfassungsmäßigen Festlegung der verkürzten Dienstzeit nichts wissen, aber sie würden die Konzession doch wohl machen, wenn ein Druck vom Schloß her erginge. Die Kernfrage der gegenwärtigen Lage wäre also, wofern jene neue Kompromißmeldung positiv zutrifft, ob diese Einwirkung käme.

Ueber die neuerdings wieder angeknüpften Verhandlungen zu Gunsten eines Kompromisses berichtet noch die „Freis. Ztg.“:

In der Reichstagsitzung vom Freitag verbreitete sich um die Mittagsstunde plötzlich die Nachricht, daß neue Unterhandlungen angeknüpft sind zu dem Zweck, durch eine kleine formale weitere Konzession dem Antrag Huene die zu einer Mehrheit erforderlichen Stimmen zuzuführen. Anfangs hieß es, die zweijährige Dienstzeit solle über die Dauer des Quinquennats hinaus dauernd gesetzlich gesichert werden. Dann aber verlautete, es handle sich nur um die Wiederaufnahme der Formulierung, welche der Antrag Bennigsen diesem Punkte in der Kommission geben wollte. Nach diesem Antrag Bennigsen soll die zweijährige Dienstzeit auch nach Ablauf des Quinquennats in Geltung bleiben, sofern auch später eine Bewilligung mindestens der jetzt festgesetzten Präsenzstärke erfolgt.

In dieser Form würde also die zweijährige Dienstzeit dazu benutzt werden, die im Antrag Huene normierte Präsenzstärke mit ihrer Erhöhung um 70 000 Mann auch in der Zukunft gegen eine Verminderung zu schützen. Aus einem Quinquennat würde also gewissermaßen ein Aeternat in Bezug auf die Präsenzstärke geschaffen.

In dieser Weise ist dieses Amendement Bennigsen auch bisher stets von allen freisinnigen Rednern bekämpft worden. Das Programm der freisinnigen Partei lautet: „Feststellung der Friedenspräsenzstärke innerhalb jeder Legislaturperiode.“ Die Verquickung der Frage der Dienstzeit mit der Feststellung der Präsenzstärke aber würde die Durchführung dieses Programms durch die freisinnigen Partei erschweren. Wir würden es daher nicht verstehen, wie ein Mitglied der freisinnigen Partei für eine solche Formulierung stimmen kann, und noch weniger, wie man sich durch eine solche Formulierung hingezogen fühlen könnte zu dem Antrag Huene mit seiner Erhöhung der Friedenspräsenzstärke, wenn man sonst dem Antrag Huene widerstrebt.

Sobald die Nachricht über diese Verhandlungen nach der Rede Bennigsen allgemeiner bekannt wurde, wandte sich die Aufmerksamkeit von den Plenarverhandlungen ab, den Gruppenbildungen im Foyer des Reichstags zu. Man sah den Minister v. Bötticher, den Staatssekretär v. Marschall bald mit diesem, bald mit jenem Kompromißmann verhandeln. Jeden Augenblick kam eine neue Rechnung zum Vorschein über die armen Seelen, welche sich noch einsparen lassen könnten zur Mehrheitsbildung. Man nannte bald diesen, bald jenen als umgefallen, gleich darauf aber wurde diese Nachricht widerrufen. Thatsächlich sollen nur drei Elässer zur Abreise benommen worden sein durch allerlei dumme Vorstellungen von Nachtheilen, welche das Elsaß treffen könnten, wenn seine Abgeordneten gegen die Regierung den Ausschlag gäben. Es hieß, daß auf einzelne Abgeordnete der Zentrumsparthei, namentlich auf Geisliche, von einer für dieselben maßgebenden Stelle ein besonderer Einfluß versucht werden solle. Auch sprach man davon, die Entscheidung noch bis zum Montag hinauszuziehen. Es muß nämlich nach Schluß der Diskussion und Abstimmung über den ersten Paragraphen des Antrags Huene noch über alle folgenden einzelnen Paragraphen desselben diskutiert und abgestimmt werden. Wir unsererseits glauben, daß eine Mehrheit nicht herauskommt, auch wenn sich die ausweichendsten Hoffnungen der Gouvernementspartei auf den Umfall dieser und jener noch erfüllen sollten. Immerhin dürften auch dann noch 10–15 Stimmen an der Mehrheit fehlen, so daß die Zahl der Zustimmungenden hinter derjenigen der Ablehnenden um 20–30 zurückbleibt. Dabei haben wir alle Konservativen als mit der neuen Klausel einverstanden vorausgesetzt. Einzelne Herren darunter zieren sich zwar noch, werden sich aber wie stets zuletzt der Regierung fügen.

Da aber, abgesehen von der Hauptabstimmung, Zwischenfälle aller Art denkbar sind, so ist es notwendig, daß von Sonnabend früh ab alle Abgeordneten nicht bloß in Berlin, sondern auch innerhalb des Reichstagsgebäudes während der ganzen Dauer der Sitzung unausgesetzt zur Stelle sind.

Der parlamentarische Korrespondent der „Bresl. Ztg.“, der selbst zu der Minderheit gehört, die dem Antrag Richter zur Militärvorlage ihre Unterschrift verweigert haben, schreibt in der „Bresl. Ztg.“, daß diese Minderheit nach Kenntnismahme des Antrags Huene zu der Ansicht gelangt sei, daß dieser zu weit gehe, und deshalb nicht für ihn stimmen werde, aber auch nicht für den Antrag Richter. Die Minderheit machte in der Fraktionsitzung am Montag geltend, daß sie die Ueberzeugung habe, die deutsche Armee bedürfe einer Verstärkung, und daß das Parteiprogramm in dieser Beziehung keine Bestimmung enthalte. Die starke Differenz der Anschauungen wurde lebhaft beklagt, aber beiderseitig die bona fides einander zugesprochen. In dem bevorstehenden Wahlkampf werde die Dissonanz kaum weiter erklingen, da diejenigen Mitglieder der Minorität, die sich nicht auf die Stimmung in ihrem Wahlkreise stützen können, keinen lebhafteren Wunsch hegen als den, von jeder Kandidatur zurückzutreten.

Ferner schreibt derselbe Korrespondent seinem Blatte unterm 4. d. M.: „Die Dissidenten der freisinnigen Partei verzichten darauf, ihren Standpunkt in der künftigen oder einer der folgenden Debatten klar zu legen. Uebrigens haben sich dieselben zum größten Theile dahin entschieden, gegen den Antrag Huene zu stimmen. Nur von dem Abg. Hünze ist das Gegen-

theil gewiß, und er findet vielleicht noch einen oder den anderen Gefährten. In einigen Blättern wird verlangt, daß die Dissidenten aus der Fraktion ausscheiden sollen; diese Frage kam gestern Abend in der Fraktionsitzung zur Sprache, wurde aber von einigen Mitgliedern, die der Majorität angehören, mit sehr großem Nachdruck zurückgewiesen, da die Meinungsverschiedenheit keinen Programmpunkt betraf. Ich will noch bemerken, daß in der Zeit, wo noch die Aussicht bestand, daß der Antrag Huene eine Majorität finden werde, eine große Einmütigkeit darüber bestand, daß die Steuervorlagen der Regierung schlechthin unannehmbar seien.“

Der Antrag Huene soll nach dem Ausspruch des Reichskanzlers eventuell die Parole „für die Neuwahlen bilden. Es ist unter diesen Umständen beachtenswerth, was heute die ultramontane „Köln. Volks-Ztg.“ zur Entstehungsgeschichte des Antrags Huene mittheilt:

Es muß ausdrücklich festgestellt werden, daß Herr von Huene mit der Stellung seines Antrages gegen den entschiedenen Willen der weitaus größten Mehrheit seiner Fraktion gehandelt hat. Freilich muß auch anerkannt werden, daß Herr von Huene bei seinen Kompromißbemühungen in allen Stadien derselben der Fraktion gegenüber vollkommen offen und loyal vorgegangen ist: zwar nicht mit Willen, aber gar auf Grund einer Gestattung von Seiten der Fraktion, wohl aber mit Wissen der Fraktion hat er diejenigen Verhandlungen geführt, die schließlich zu seinem jetzigen Antrage und dessen Annahme durch den Reichskanzler geführt haben. Herr von Huene und ebenso andere Mitglieder des Zentrums hatten von vornherein die Fraktion nicht im Zweifel gelassen, daß sie zur Herbeiführung eines Kompromisses weiter zu gehen bereit waren, als die große Mehrheit der Fraktion. So lange die Verhandlungen in der Militärkommission schwebten, hat Herr v. Huene, der zudem zur selben Zeit von den Arbeiten der Steuerreformkommission im Abgeordnetenhaus in hohem Maße in Anspruch genommen war, sich zurückgehalten. Als jedoch die Verhandlungen in der Militärkommission in zwei Lesungen zu dem bekannten rein negativen Ergebnisse geführt hatten, begann er seine Studien zur Ausarbeitung eines Kompromißvorschlages.

Die „Köln. Volksztg.“ schließt ihre Ausführungen mit einem warmen Appell an die Besonnenheit, die Prinzipientreue, die Hingebung und den Opfermuth der Fraktionsmitglieder in dem bevorstehenden Kampf um die Neuwahlen, von denen sie für das Zentrum mancherlei „Schwierigkeiten“ erwartet.

Die Mitglieder der freisinnigen Partei waren am Freitag vollzählig im Reichstag anwesend bis auf die erkrankten Abg. Gberty, Frhr. v. Stauffenberg, Stephan, Ruge und den Abg. Witte, der unseres Erachtens seine Reise nach Chicago auch später noch hätte antreten können und zwar zu einer Zeit, in welcher weniger wichtige Dinge auf der Tagesordnung stehen.

Für den Antrag Huene werden aus der Zentrumsparthei, wie die „Freis. Ztg.“ hört, stimmen außer Abg. Frhrn. v. Huene, Graf Ballestrem, Graf Matuschka, v. Reichenstein, Graf Chamare, Prinz Arenberg, Graf v. Abelnmanns, von Pfetten. Abg. Nels, der als Provinzial-Landtagsauschuß-Mitglied am Rhein eine Erklärung für die Militärvorlage unterzeichnet hat, wird sich wahrscheinlich der Abstimmung enthalten.

Lothales.

Voten. 6. Mai.

* Zur Fernsprechverbindung Berlin-Königsberg. Zu der von Berliner Blättern gebrachten, auch von uns wiedergegebenen Notiz bezüglich der Reise des Staatssekretärs v. Stephan nach Königsberg schreibt der „Reichsanz.“: „Die Nachricht, daß der Staatssekretär des Reichs-Postamts sich nach Königsberg begeben würde, um wegen der Schwierigkeiten zu verhandeln, welche der Herstellung der Fernsprechverbindung mit Berlin in Königsberg bereitet werden, entbehrt der Begründung.“

* Schneefall im Mai. Nachdem bereits vorgestern und namentlich gestern die Temperatur so stark herabgegangen war, daß vereinzelt Graupeln fielen, ist über Nacht Schneefall eingetreten. Die Dächer der Häuser waren daher heute Morgen mit einer weißen Decke überzogen, während der Schnee von der Erde sofort wieder weggethau war. Das Laub der Bäume scheint zwar nicht gelitten zu haben, doch dürfte die diesjährige Obsternte sehr stark beeinträchtigt werden.

Telegraphische Nachrichten.

Petersburg, 5. Mai. Die Wolga ist bei Jaroslaw bei starkem Eisgang drei Meter über Normalhöhe gestiegen. Außer den drei Dampfern, deren Untergang durch Eisblöcke bereits gemeldet wurde, kam aus gleicher Veranlassung 25 Werft Kugabwärts von Nishny-Novgorod auch der Dampfer „Kajenin“ samt Ladung zum Sinken. Die Mannschaft wurde gerettet.

Prag, 5. Mai (Landtag.) Bei der Beratung des Bundesbudgets führte Schüder (Gaer) aus, daß einträchtige Nebeneinanderleben der Czechen und Deutschen sei der lebhafteste Wunsch der Deutschen. Die deutschen Abgeordneten wären glücklich, wenn sie bei der Rückkehr in ihre Wahlkreise den Wählern mittheilen könnten, daß es besser geworden sei. Die Deutschen wollten nur Ruhe auf dem deutschen Sprachgebiete, woselbst das Deutschthum seit Jahrhunderten gehegt und gepflegt werde. (Lebhafter Beifall bei den Deutschen.)

London, 4. Mai. Das Oberhaus nahm die zweite Lesung der indischen Heeres-Bill an, welche eine Reorganisation der indischen Armee dahin bezweckt, daß dieselbe eine größere Zentralisation als bisher erhält.

London, 5. Mai. Unterhaus. Gladstone erklärt, es bestehe die Absicht, die Einzelberatung der Home-Bill am Montag zu beginnen und täglich fortzusetzen. Die Regierung wünsche, daß die Beratung aller finanzielle Angelegenheiten betreffenden Paragraphen bis nach Erledigung der übrigen Paragraphen verschoben werde.

Dundee, 4. Mai. Der Streik der Zute-Arbeiter ist beendet. Die Arbeiter nahmen eine 2 1/2-prozentige Lohnherabsetzung an und werden morgen die Arbeit wieder aufnehmen.

Christiania, 5. Mai. In der heutigen Sitzung des Storting wurde die Beratung des von Hoyt beantragten Mißtrauensvotums begonnen. Der ehemalige Präsident des Storting Slevert Nielsen richtete an das Ministerium die Frage, mit welchen Ver-

tionen der König verhandelt habe, eine Majoritäts-Regierung zu bilden. Falls der Ministerpräsident Stang nicht antworten sollte, würde Jebermann wissen, warum er nicht antworten dürfte.

New-York, 5. Mai. Nach einer Depesche des „New-York Herald“ aus Panama hat General Basquez einen vollständigen Sieg über die Insurgenten in Honduras errungen und provisorisch die Geschäfte der Regierung übernommen.

New-York, 5. Mai. Der „New-York Herald“ meldet aus Balparaiso, Nachrichten aus Montevideo besagen, der brasilianische Oberst Amaro sei in der Nähe von Rivera in das Gebiet von Uruguay eingedrungen, um sich Pferde anzueignen. Es hätte sich zwischen den Brasilianern und den von General Garcia angeführten Einwohnern ein Kampf entsponnen, in dem 43 Brasilianer und 12 Einheimische getödtet worden seien. Es würde ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Brasilien und Uruguay befürchtet.

Meteorologische Beobachtungen zu Voten im Mai 1893.

Datum	Barometer auf 0	Wind	Wetter	Tem.
Stunde	Gr. red. in mm. 66 m Seehöhe.			i. Cel. Grad.
5. Nachm. 2	763,5	WS stark	bedeckt	+ 5,3
5. Abends 9	763,7	WS mäßig	halb bedeckt	+ 3,2
6. Morgs. 7	761,5	WS frisch	bedeckt	+ 1,1

¹⁾ Von 10 Uhr an öfter Graupelschauer. ²⁾ Fröh Regen mit Schnee, dann Schnee.

Am 5. Mai Wärme-Maximum + 6,0° Cel.

Am 5. Mai Wärme-Minimum - 1,6°

Berichtigung: Barometer am 5. Mai Morgens 7 Uhr

764,6 mm, statt 759,6 mm

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 5. Mai. (Schlußkurse.) Matt. Neue Aproz. Reichsanleihe 86,95, 3 1/2, Proz. L.-Plandbr. 98,45, Konfol. Türlen 22,25, Türl. Noote 91,40, Aproz. ung. Goldrente 95,85, Bresl. Diskontobank 103,75, Breslauer Wechselbank 100,00, Kreditaktien 175,50, Schles. Bankverein 116,80, Donnersmarchhütte 91,35, Hübner Maschinenbau —, Ratowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 119,25, Oberschles. Eisenbahn 48,25, Oberschles. Portland-Bement 75,25, Schles. Cement 123,00, Oppeln. Bement 90,00, Schl. D. Bement —, Kramsta 135,00, Schles. Zinkaktien 187,00, Baurabütte 101,35, Vereirn. Desfabr. 90,00, Oesterreich. Banknoten 166,50, Russ. Banknoten 212,30, Gieseler Cement 75,25, Aproz. Ungarische Kronenleihe 92,70, Breslauer elektrische Straßenbahn 114,00.

Hamburg, 5. Mai. Schwach. Gold in Barren pr. Kilo 2788 Br., 2784 Gd. Silber in Barren pr. Kilo 112,90 Br., 112,40 Gd.

Frankfurt a. M., 5. Mai. (Schlußkurse.) Matt. Lond. Wechsel 20,46, Aproz. Reichsanleihe 86,85, österr. Silberrente 81,30, 4 1/2, Proz. Papierreente —, do. Aproz. Goldrente 97,60, 1860er Loose 127,70, Aproz. ung. Goldrente 95,80, Italiener 92,30, 1880er Russen —, 3 Orientanl. 68,60, unifiz. Egypter 102,30, lomb. Türlen —, Aproz. Türl. Anl. —, Aproz. port. Anl. 22,80, Aproz. serb. Rente 79,60, Aproz. amori. Rumänier 98,60, 6proz. Konfol. Mexik. 81,00, Böhm. Westbahn 313 1/2, Böhm. Nordb. —, Franzosen —, Gallizer —, Gotthardbahn 160,90, Lombarden 91 1/2, Lübeck-Wüchen 140,40, Nordwestbahn —, Oest. Kreditaktien 280 1/2, Darmstädter 139,20, Mittelh. Kredit 99,50, Reichsb. 150,40, Disk. Kommandit 184,70, Dresdner Bank 145,30, Ratib. Wechsel 81,25, Wiener Wechsel 166,15, serbische Tabakrente 79,60, Bochum. Gußstahl 121,20, Dortmund. Union 57,60, Harpener Berawerk 125,00, Siberia 106,50, Aproz. Spanier 66,40, Matizer 111,70, Berliner Handelsgesellschaft 142,00, Aproz. ungar. Kronenrente 92,70, Privatdiskont 2 1/2.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 279 1/2, Disk.-Kommandit 183,90, Bochumer —.

Petersburg, 5. Mai. Wechsel auf London 95,85, Russ. II. Orientanl. 102 1/2, do. III. Orientanl. 104 1/2, do. Bank für ausm. Handel 289 1/2, Petersburger Diskontobank 461, Warschauer Diskontobank —, Petersb. Internat. Bank 458, Russ. 4 1/2, Proz. Boden-kreditpfandbriefe 153, Gr. Russ. Eisenbahn 247 1/2, Russ. Südwestbahn-Aktien 114 1/2.

Buenos-Ayres, 4. Mai. Golbagio 209,00. Rio de Janeiro, 4. Mai. Wechsel auf London 111 1/2.

Produkten-Kurse.

Riga, 5. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen loco hiesiger 16,25 do. fremder loco 17,75, per Mai 16,40, per Juli —, Roggen hiesiger loco 14,75, fremder loco 16,75, per Mai 14,85, per Novbr. —, Hafer hiesiger loco 15,75, fremder —, Rübsöl loco 54,00, per Mai 52,80, per Okt. 54,50. Wetter: Schön.

Bremen, 5. Mai. (Börse-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleum-Börse.) Fackelöl. Ruhig. Loco 5,00 Br.

Baumwolle. Ruhig. Upland middl. loco 41 1/2 Pf., Upland Bafis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung p. Mai 41 Pf., v. Juni 41 1/2 Pf., p. Juli 41 1/2 Pf., per August 41 1/2 Pf., p. Sept. 42 Pf., p. Okt. 42 1/2 Pf.

Schmalz. Höher. Schafer — Pf., Wilcox 52 Pf., Choice Grocery — Pf., Armour 52 Pf., Hohe u. Brother (purer) — Pf., Fairbanks 45 Pf., Cudahy 53.

Sved. Feist, loco Short clear middl. 55 1/2.

Wolle. Umfag 95 Ballen.

Tabak. Umfag: 2800 Baden St. Jolly, 110 Seronen Carmen.

Bremen, 5. Mai. (Kurse des Effekten- und Wäcker-Bereins.) 5proz. Nordb. Wollkammerei- und Rammgarn-Spinnerei-Aktien 177 Gd., 5proz. Nordb. Lloyd-Aktien 120 1/2 Gd., Bremer Wollkammerei 306 1/2 Gd.

München, 5. Mai. Getreidemarkt. Weizen loco fest, halbstündlicher loco neuer 158–160 — Roggen loco fest mecklenb. loco neuer 142–145 russischer loco fest, transit 104. — Hafer fest — Gerste fest — Rübsöl (unverz.) beh., loco 52. Spiritus loco ruhig, p. Mai-Juni 24 Br., per Juni-Juli 24 1/2 Br., per Juli-August 25 1/2 Br., per August-Septbr. 25 1/2 Br. — Kaffee fest, Umfag 3000 Sack. Petroleum loco ruhig, Standard achte loco 5,15 Br., per August-Dezember 5,15 Br. — Wetter: Schön.

Hamburg, 5. Mai. Kaffee. (Schlußbericht.) Good aber-ge Santos per Mai 73 1/2, per Septbr. 72 1/2, per Dez. 72 1/2, per März 72. Behauptet.

Hamburg, 5. Mai. Zudermarkt. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzuder I. Produkt Bafis 88 pCt. Rendement neue Wance, frei an Bord Hamburg per Mai 18,52 1/2, per August 18,90, p. Sept. 17,30, per Okt. 14,77 1/2. Fest.

Leit. 5. Mai. Produktenmarkt. Weizen höher, per Mai-Juni 8,10 Gd., 8,12 Br., per Herbst 8,35 Gd., 8,35 Br. Hafer per Herbst 6,25 Gd., 6,30 Br. Mais per Mai-Juni 4,91 Gd., 4,92 Br., per Juli-August 5,13 Gd., 5,14 Br. Rohrtraps per August-September 15,40 Gd., 15,50 Br. — Wetter: Schön.

Paris, 5. Mai. Getreidemarkt. (Schlußber.) Weizen fest, p. Mai 21,20, p. Juni 21,50, p. Juli-August 22,00, p. September-Dez. 22,60. — Roggen steigend, per Mai 14,70, per Septbr.-Dezbr. 15,90. — Mehl fest, per Mai 47,10, per Juni 47,70, per Juli-August 48,40, per Septbr.-Dezbr. 49,60. — Rübsöl fest, pr

